

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Bismarck, Magdeburg. — Verantwortlich für Zusätze: Willi Plumbow, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1511. — Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einfl. 3.75 M., monatlich 1.25 M. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 3.45 M., monatlich 1.15 M. Bei den Postanstalten Viertelj. 3.75 M., monatlich 1.25 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 7geplatzte Kolonelle 25 Pf., Anzeigen von auswärtig 35 Pf., im Restamettel Seite 1.06 M. Anzeigen-Abatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 27.

Magdeburg, Freitag den 1. Februar 1918.

29. Jahrgang.

## Ende des Streiks.

### An die Streikenden!

Nachdem die wichtige Demonstration der Arbeitsniederlegung ihren politischen Eindruck nicht verfehlt hat, fordern die unterzeichneten Körperschaften in Übereinstimmung mit den Vertrauensleuten die Arbeiter auf, am Freitag früh geschlossen und einmütig die Arbeit wieder aufzunehmen.

Magdeburg, 31. Januar 1918.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Ortsgruppe Magdeburg.

\* \* \*

### Der Weg der Verständigung.

Die Scharfmacher jubeln und glauben ihre Stunde gekommen. Die Streike in der Rüstungsindustrie werden von ihnen in der rücksichtslosesten Weise ausgenutzt, um gegen die Neuordnung in Deutschland Sturm zu laufen. Jetzt sehe man es, halten sie der Regierung vor, wohin das ewige Nachgeben führe; jetzt räche sich die Politik des Herrn von Bethmann-Hollweg. Unwahr sei alles, was die Regierung über die Treue der Arbeiter gegen Deutschland gesagt habe. Das unbegrenzte Vertrauen in die politische Reife des deutschen Volkes, von dem die Begründung der Wahlrechtsvorlage spreche, habe schmachvoll Schiffbruch gelitten. Nun müsse sich endlich die Regierung auf ihre Macht besinnen und ein für allemal mit den Streikdrohungen aufräumen. Wenn dabei die Wahlrechtsvorlage und die Reform des Koalitionsrechts mit in Trümmer geschlagen

werden könnten, wäre es diesen Reaktionspolitikern gerade recht.

Die bürgerliche Presse zeigt gegenüber diesem Treiben wenig Widerstandskraft. Die „Kölnische Zeitung“ zum Beispiel gibt zwar zu, daß die Propaganda der Vaterlandspartei und der Wahlrechtsfeinde die Arbeiter gereizt hätte, aber das sei gegenüber dem festen Willen der Regierung und der breiten Massen des Bürgertums, einen ehrlichen Verständigungsfrieden zu suchen und das gleiche Wahlrecht Gesetz werden zu lassen, doch nur eine sehr mäßige Entschuldigung. Wenn die Arbeiter darauf verharteten, mißbräulich und feindselig allen Versprechungen gegenüber zu bleiben, müsse es sich das Bürgertum überlegen, ob es künftig noch in der bisherigen Weise für das gleiche Wahlrecht kämpfen könne wie bisher.

Auch die Regierung scheint nicht abgeneigt, der Parole zu folgen, daß sie den Arbeitern einmal ihre Macht zeigen müsse. Alle Versammlungen in Berlin sind verboten.

die Streikleitung ist aufgelöst

und den gewählten Vertrauensmännern der Streikenden wie den hinzugezogenen Reichstagsabgeordneten verboten, irgendwelche weitere Tätigkeit für den Streik zu entfalten. Dumme und niederträchtige Flugblätter, welche Regierung und Seerführer mit den ekelhaftesten Schimpfwörtern überhäufen, gaben den Behörden die bequemste Handhabe zu ihren Maßnahmen. Dabei liegt es auf der Hand, daß diese anonymen Wische von niemand autorisiert sind und von der Masse der Arbeiterschaft gar nicht beachtet werden.

Das Vorgehen der Regierung hat die überaus bedenkliche Folge, daß zunächst für Berlin jede Möglichkeit wegfällt, die wild begonnenen Unruhen in geregelte Bahnen zu leiten und sie ruhig und ordnungsgemäß zu beenden. Es ist ja niemand mehr da, der die Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit geben könnte.

Wir möchten deshalb der Regierung und den Militärbehörden noch einmal dringlich nahelegen, den

Weg der Verständigung

im Innern einzuschlagen. Sie machen den Streikenden den Vorwurf, daß diese vergessen hätten, in einem wie schweren Krieg Deutschland noch begriffen sei; in solcher Zeit dürfe

die Arbeit unter keinen Umständen eingestellt werden, dürfe der innere Kampf nicht auf die Spitze getrieben werden. Es mag in diesem Augenblick dahingestellt bleiben, ob es wirklich Arbeiter gibt, die nicht daran denken, daß England, Frankreich und Amerika uns noch immer die demütigendsten Zumutungen stellen und diese mit Waffengewalt durchzusetzen bereit sind. Aber jedenfalls darf die Regierung nicht vergessen, daß wir im Kriege sind und ihn nur durch einmütiges Arbeiten gewinnen können. Sie darf sich nicht zum

Gefangenen der Scharfmachersehnsucht

machen, jetzt mit Hilfe des Belagerungszustandes den Streikenden eine möglichst schwere Niederlage beizubringen.

Denn worin könnte diese bestehen? Doch nur darin, daß ohne Ordnung die einzelnen allmählich wieder in die Fabriken zurückkehren. Das würde sich lange hinziehen und keinerlei Gewähr für die Dauer des innern Friedens geben: bald hier bald dort würden die Streike von neuem aufflackern. Deshalb sollte die Regierung die Wege der Verständigung suchen, die auch heute noch offen stehen. Eine ehrliche Ansprache und klare ungewöhnliche Erklärungen des ernststen und

ehrliehen Friedens- und Wahlrechtswillens

könnten noch immer zu einem glatten Ablauf der Bewegung führen. Nur damit wäre der Sicherung Deutschlands gegen die Gefahr von außen her gedient. Möge sich deshalb keine Behörde in hemmungslose Kampfstimmung gegen die Streikenden hineinreden lassen, sondern jede stets ruhig überlegen, wie man am besten durch rasche Verständigung den Gefahren begegnet, die Deutschland von außen her bedrohen.

\* \* \*

### Ein fortschrittlicher Vorschlag.

Englische Aushungerungspolitik gegen die Arbeiter empfiehlt ein Alfred Dehke, der in Breslau ein fortschrittliches Blatt leitet. Er schreibt:

Wir möchten diese Arbeitseinstellungen nicht tragischer nehmen, als sie es verdienen. Deutschland ist auch im Innern gut gerüstet, und die Aufrührer sind mit sehr einfachen Mitteln klein zu bekommen: man sperre einfach denen, die nicht arbeiten wollen, wie es sich gebührt, die Lebensmittelmarken und sichere die Fabriken und Straßen, dann wird die Vernunft auf dem Umweg über den Magen bei jenen Verblenden wohl halb wiederkehren, wie ja auch in Oesterreich-Ungarn der ganze Spektakel nur ganz wenige Tage gedauert hat.

Der Mann, der diese englischen Ratschläge gibt, nennt sich fortschrittlich. Er findet kein Wort des Tadelns gegen die preußischen Wahlrechtsgegner und Wahlrechtsverächter, sondern er weiß nichts Fortschrittlicheres, als über darübende Arbeiter, die unter Lohnverlust für ihr politisches Recht eintreten, die Hungerpeinliche zu schwingen.

In seinen Augen ist die Ermäßigung des gleichen Rechtes Futurist und Verblöndung. Gegen das gleiche Recht der Arbeiter in den Schützengräben und Sturmtruppe hat dieser Fortschrittler aber nichts einzuwenden gehabt.

\* \* \*

### Politische Rückwirkungen?

Von einem Reichstagsabgeordneten wird dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt:

Die Streikbewegung und die Tatsache, daß sich der sozialdemokratische Parteivorstand führend daran beteiligt, hat auf die beiden andern Reichsparteien keinen geringen Eindruck gemacht. Wenn man sich auch nicht verheißt, daß nicht zuletzt die Treibereien der Deutschen Vaterlandspartei und die Verschleppungstaktik der reaktionären Mehrheit im Abgeordnetenhause in der preußischen Wahlrechtsvorlage die Veranlassung zu dem Streik gewesen sind, so hält man ihn schon deshalb für außerordentlich und bedauerlich, da er die Klaffen ermutigen könnte, nunmehr keinen Sonderfrieden mit uns abzuschließen. Sollte der Streik noch eine weitere Ausdehnung nehmen und unser Wirtschaftslieben schwer bedrohen, dann meint man, wäre ein Zusammengehen der Regierung sowohl wie des Senats und der fortschrittlichen Volkspartei mit der alten sozialdemokrati-

sehen Fraktion im Reichstag gefährdet. In den nächsten Tagen dürften dahingehende Parteifundgebungen erlassen werden. Das würde eine neue politische Konstellation schaffen, die auch das Kabinett Hertling in seinem Bestand berühren könnte. Die Regierung sei jedenfalls entschlossen, der Scheidemännischen Streikpolitik entschieden entgegenzutreten, auch wenn sie als Folge davon auf die künftige parlamentarische Unterstützung der Sozialdemokratie verzichten müßte.

Das ist zunächst ein Führer eines fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten. In der gleichen Richtung bewegt sich eine Mitteilung der „Freimütigen Zeitung“. Dort ist zu lesen:

Während die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften ihre Mitglieder vor dem Streike warnen, während die freien Gewerkschaften sich gegenüber dem Ausstand als einer politischen Bestrebungen dienenden Bewegung neutral erklärt haben, hat es die Sozialdemokratie beider Richtungen für angemessen gehalten, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Die fortschrittliche Volkspartei ist während des Krieges wiederholt in der Lage gewesen, mit der alten Sozialdemokratie innerhalb und außerhalb des Parlaments zusammen zu gehen. Mit der neuesten Wendung der Sozialdemokratie will sie aber nichts gemein haben, sie weist jede Verbindung mit solchen Kreisen zurück und überläßt der Sozialdemokratie die volle Verantwortung für alle Folgen, die sich aus dem Streik ergeben können.

Die Fortschrittler sind durchsetzt mit Elementen, die der reaktionären Vaterlandspartei zuneigen, die wie diese in Ost und West erobern wollen und vor diesen Zielen alle innern Reformen zurückstellen. Diese verkappten Eroberer melden sich jetzt. Sie glauben die Stunde gekommen, in der sie sich mit Aussicht auf Erfolg vorwagen können.

Ueber die parlamentarische Konstellation entscheiden aber politische Notwendigkeiten. Und diese sind mit Wünschenswerten nicht zu schaffen, mögen sie noch so heiß glühn.

Einstweilen bereiten die anneyonswütigen Fortschrittler nur den Scharfmachern ein Vergnügen. Der Jubel der Schwerindustriellen und der andern Wahlrechtsgegner erkönt lauter: endlich haben wir Aussicht, die Sozialdemokratie zu isolieren und damit das freimütige Bürgertum zu erdrücken.

Es gibt eben so manche Fortschrittler, die in jede Falle der Reaktion blind hineintappen müssen.

\* \* \*

### Berlin.

Schließung des Gewerkschaftshauses.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet:

„Die im Gewerkschaftshaus antretenden Gewerkschaftsbeamten wurden Mittwoch nachmittags polizeilich aufgefordert, die Bureaus zu verlassen. Da sie sich zunächst weigerten, wurde das Haus vom Aufwache abgesperrt. Es wurde jeder hinaus, aber niemand mehr hineingelassen, so daß der Betrieb lahmgelegt war. Der Gewerkschaftssekretär, Reichstagsabgeordneter Körffgen, der im Gewerkschaftshaus verblieb, wurde sich telefonisch an den Oberbürgermeister Bernuth, der sich mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung setzte. Der Polizeipräsident erklärte, daß er seinerseits nur einer Weisung Folge und nur den Rat erteilen könne, sich den Anordnungen ruhig zu fügen. Die Polizei werde im Gewerkschaftshaus nichts antühren, sondern alles unberührt stehen und liegen lassen.“

Die Ausdehnung des Streiks.

Von Mittwoch des Mittwochs meldet das „Berliner Tageblatt“: In der Maschinenfabrik von Vorfig (Zege) streiken ungefähr 45 Prozent der gesamten Arbeiterschaft. Bei der Optischen Anstalt G. P. Goertz hat die Zahl der zur Arbeit Erschienenen gegen Dienstag zugenommen. Eine größere Ausdehnung gegenüber dem gestrigen Tage hat die Streikbewegung dagegen bei den Bergmann-Elektrizitätswerken angenommen. In dem Werke Wittenau der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Gesellschaft streikten auch am Mittwoch sämtliche Arbeiter, so daß der Betrieb vollständig ruht. In der Fabrik in Koabit befinden sich von den etwa 750 Arbeitern 500 im Ausstand. Eine ganz geringfügige Vermehrung hat die Zahl der Streikenden bei der

Subwig Löwe & Co.-Aktiengeellschaft erfahren. Von den 3100 Arbeitern beteiligen sich etwa 800 am Ausstand, was einer Erhöhung der Zahl der Feiernden um 150 gleichkommt.

In der Flugzeugbranche ist der Streik ziemlich allgemein. In den Kreisen der Fabrikleitungen rechnet man mit einer Fortdauer des Streikes, da die Arbeiter für den Donnerstag die Auszahlung des Lohnes verlangt haben.

In Spandau hat die Streikbewegung gegen Dienstag nicht zugenommen. In den meisten dortigen Fabriken wird in vollem Umfang gearbeitet. Ausständig sind zurzeit die Arbeiter der Artillerie-Werkstatt. In der Pulverfabrik streiken einige hundert Mann. Die Meldung, daß auch die Arbeiter des Feuerwerkslaboratoriums in den Ausstand getreten sind, bestätigt sich nicht. Bei Drenstein & Koppel sind etwa 600 Mann der Arbeit ferngeblieben.

In der Nationalen Automobil-Gesellschaft in Oberschöneweide, wo Dienstag vormittag gang plötzlich der Streik zum Ausbruch kam, beteiligten sich Mittwoch bereits zwei Drittel - 2300 Mann - am Ausstand. Im Nobelwerk der A. G. in Oberschöneweide sind nur etwa 40 Prozent der Belegschaft zur Arbeit erschienen. Schloß hat sich auch die Zahl der Streikenden bei der Firma Frister & Hofmann in Oberschöneweide. Die Siemens-Werke in Siemensstadt halten ihren Betrieb nach wie

vor in vollem Umfang aufrecht. Dort hat sich die Zahl der Ausständigen gegen gestern um ein geringes vermehrt. Sie beträgt heute etwa 3000 insgesamt.

Der Streik hat nach Meldung vom Mittwoch nachmittag noch weiter an Umfang zugenommen.

### Streik von Buchdruckern.

In einigen Berliner Zeitungsbetrieben haben am Mittwoch die Buchdrucker als Sympathie mit den Kollegen im „Vorwärts“ die Arbeit niedergelegt. Infolgedessen ist das Mittwoch-Morgenblatt der „Vossischen Zeitung“ nur in verringertem Umfang erschienen. Die ebenfalls im Umfang verringerte Abendausgabe vom Mittwoch konnte erst so spät fertiggestellt werden, daß ihre Zustellung am Abend nicht mehr möglich war. Zu den Zeitungen, die am Mittwoch überhaupt nicht herauskommen konnten, gehört die „B. Z. am Mittag“. Ebenso die „Berliner Morgenpost“ und die „Berliner Allgemeine Zeitung“.

## Aus der Provinz.

Burg, 31. Januar. (Arbeitsniederlegung.) Mittwoch vormittag legten 600 Arbeiter und Arbeiterinnen, in der Mehrzahl der

Mühlungsindustrie angehörend, die Arbeit nieder, um sich an dem Demonstrationsstreik zu beteiligen.

Stahlfurt, 31. Januar. (Der Demonstrationsstreik der Arbeiter) umfaßte alle Betriebe in Stahlfurt und Leopoldsdahl mit Ausnahme der kleinen. In den streikenden Betrieben blieben nur ganz vereinzelte Arbeiter bei ihrer Beschäftigung. Den Anfang machten die Formner und Tischler bei Sauerbrey, die am Mittwoch gegen 9 Uhr die Arbeitstätte verließen, ihnen folgten alsbald die übrigen Abteilungen dieses Betriebs und bis um 11 Uhr auch die Arbeiter von Berner, Kittel, Lück und Müller u. Greif. Alle diese Betriebe fanden vollständig still, selbst die Behälter wurden von den Arbeitgebern nach Hause geschickt. Die Streikenden machten einstimmig die Forderungen der Berliner streikenden Kollegen zu den übrigen und ebenso einstimmig schloßen sie den Beschluß, diesem Demonstrationsstreik die Dauer von 3 Tagen zu geben und am Sonnabend früh geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen.

# Was der Krieg bringt.

## 19000 Sonnen.

Amlich wird gemeldet:

Unsere U-Boote sind im mittleren und östlichen Mittelmeer kürzlich 19000 Bruttoregistertonnen Handelschiffstamm zum Opfer. Im besondern wurde dadurch der Transportverkehr nach Italien betroffen. U. a. wurden zwei große Dampfer aus einem durch zahlreiche U-Boote und U-Boots-Jäger gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

## Aus Rußland.

Aus der Ukraine.

Die Petersburger Station der Sozialrevolutionäre der Ukraine hat aus Wien, wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, die Meldung erhalten, daß der Generalsekretariat der ukrainischen Sache zurückgetreten ist. Das neue Sekretariat wird aus Vertretern der revolutionären Linien und der Sozialdemokratie gebildet werden. In Verbindung mit dem Austritt des Generalsekretariats werden auch die Vertreter der Sache in Brüssel durch andere ersetzt werden. Die Tätigkeit dieser Richtung wird abgemindert sein.

### Hausbruch gegen die Rumänen.

Wahrscheinlich es ungewiss zu einem günstigen Bruch zwischen Rußland und Rumänien gekommen ist, hat Rußland einen Beschluß erlassen, alle in Rußland anwesenden rumänischen Staatsbürger zu verhaften. Dieser Beschluß wurde allen russischen Städten telegraphisch übermittelt. In Petersburg ist man zur sofortigen Verhaftung des Reichs geschritten.

### Anfänger der Serbier?

Das „Echo de Paris“ bringt die (höher unbefähigte) Nachricht, die militärischen und politischen Verträge der Entente mit Rußland seien durch einen gemeinsamen Beschluß der alliierten Regierungen am 11. Januar abgeschlossen worden.

### Der Bruch mit Rumänien.

Das russische Reichsamt, der der Bruch der Beziehungen mit Rumänien schwebt, geben wir folgende Stellen wieder:

Die mit Serbien geschlossene rumänische Allianz hat die Kriegshandlungen gegen die russische Republik eröffnet. Obwohl der Vertrag auf der Neutralität, Beseitigung des Rumänien der rumänischen Neutralität und Absicht zu begründen, hat die rumänische Allianz den Versuch gemacht, sich über die Entente und ihre Bundesgenossen durch Verletzung der Neutralität und durch Annäherung an einen Feind gegen die mächtige Entente zu wenden. Die Beziehungen der rumänischen Allianz und Serbien sind unzulässig.

Der Rat der Volksbeauftragten vertritt, die diplomatischen Beziehungen mit Rumänien werden abgebrochen. Die rumänische Neutralität und die Absicht der Neutralität sind nicht mehr in Frage gestellt. Der gegen die Rumänien unzulässige Versuch der rumänischen Allianz, die Beziehungen mit Serbien abzubrechen, wird als Verstoß gegen die Neutralität und als Verstoß gegen die Entente betrachtet.

### Abschlagener der Dankschuld.

Das Petersburger Reichsamt stellt ein Defizit fest, welches die Eisenbahnen bei Rußland von über 25000 Rubel betragen werden. Im Vergleich zu langjähriger Zeitung wurden 100 Rubel mehr als abgeschrieben werden. Nur mit dem nach Jahresbeginn erwarteten Einnahmen können diese Kosten gedeckt werden.

## Die Zustände in Finnland.

Der Sonderbeauftragte der Sozialistische Idee hat in Helsingfors mit dem neuen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Tanner eine Unterredung, in der dieser erklärt, das Programm Finnlands sei, mit allen Mitteln, einschließlich der Festlegung von verbindlichen Bedingungen zu unterhalten, unter dem Namen der Freiheit und Selbstbestimmung Finnlands.

Das innerpolitische Programm der Regierung werde erst später veröffentlicht, jedoch kann er jetzt schon sagen, daß es rein sozialistisch sei und unentbehrlich vollkommen durchgeführt werde, selbst wenn es zwischen den Sozialisten und der linken Seite zu Kämpfen kommen sollte.

Die Lebensmittelfrage sei sehr schwierig, man hoffe aber auf Hilfe aus Schweden, Dänemark und Norwegen. Die bedeutendste Verbindung zwischen Schweden und Finnland sei unterhalten, der Eisenbahnverkehr zwischen Lappea und Helsinki ununterbrochen. Die Eisenbahn-

schon Konsuln seien zurzeit bemüht, Sonderzüge zur Fortschaffung ihrer Landsleute aus Finnland zu beschaffen.

In Helsingfors sind Gerüchte verbreitet, daß sich eine bürgerliche Schutzwehr von Norden her im Vormarsch befinde. Sowohl die Dänen wie die Norweger haben ihre Regierung um Schutz erjucht.

## Die Frage der Ukraine.

R. E. A. Tschel-Sitow, 30. Januar. Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des Großwesirs Zalat-Pascha eine Plenarsitzung statt, die vom Vorsitzenden mit einer Begrüßung der ukrainischen Delegationen eröffnet wurde. In den einleitenden Worten wies Zalat-Pascha darauf hin, daß seit dem Eintritt der letzten Fünfzig gewisse Veränderungen in der Zusammensetzung der einzelnen Delegationen eingetreten seien, weshalb er die Vorsitzenden derjenigen Delegationen, bei denen solche Veränderungen stattgefunden haben, bitte, davon der Vollversammlung Mitteilung zu machen.

Hierauf teilte Staatssekretär v. Kühnemann mit, daß die Igl. baltische Staatsregierung, von einem ihr vertragsmäßig zustehenden Rechte Gebrauch machend, im Einverständnis mit dem Kaiser und dem Kriegskanzler den Igl. baltischen Staatsminister Grafen Fedorowitsch als ihren Vertreter zu den Verhandlungen nach Brüssel ernannt habe, so daß Staatsminister Graf v. Fedorowitsch von nun an als Mitglied der deutschen Delegation an den Verhandlungen teilnehmen werde.

Erstlich gab darauf die Erklärung ab, daß in der Zusammenkunft der russischen Delegation zwei Veränderungen vorgenommen worden seien. Die eine Änderung sei rein personaler Natur, indem an den weiteren Verhandlungen auch der Vizepräsident für den Staatsrat, Kurelin, teilzunehmen werde. Die andere Veränderung trage rechtlich keinen Charakter und betreffe die Einrichtung von zwei Mitgliedern der ukrainischen Volksrepublik in die russische Delegation, wozu bereits schriftlich Zustimmung erteilt worden sei. Die Regierung der Räte der Arbeiter, Soldaten- und Bauernsoldaten der ukrainischen Volksrepublik habe zwei Mitglieder zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen ernannt, von denen das eine Mitglied, der Vizepräsident und Vizepräsident für die Volksrepublik, Scharafin, in Petersburg zurückgeblieben und in die Regierung des Landes der Volksrepublik eingetreten sei. Die beiden andern, das war der Vizepräsident des Exekutivkomitees, Schwjebow und Vizepräsident für militärische Angelegenheiten, Schachran, befinden sich in Brüssel, und zwar innerhalb des Bereiches der russischen Delegation. Diese Tatsache, die von größter Bedeutung für den weiteren Gang der Verhandlungen sei, spiegelt die Lage wider, wie sie sich in der Ukraine als Ergebnis der jüngsten Ereignisse entwirrt hätten. Da die Gegenparteien ein Interesse daran hätten, genau über die

### Zustände in der Ukraine

Zustände zu sein, so habe er es für notwendig, eine kurze Erklärung zu geben. Die ukrainischen Räte der Soldaten, Bauern- und Arbeiterpartei hätten in der ganzen Ukraine einen entscheidenden Kampf gegen die Räteregierung, wobei in vielen Teilen der Ukraine die Partei der Räte gesiegt habe, die in vollkommener Uebereinstimmung mit dem Petersburger Rat der Volksbeauftragten aufträte. Das ganze Regierungsgeschäft und das Volkswesen des Landes sei mit dem ganzem Territorium von Jekaterinawka und der Generalgouverneur Ukraine und Poltawa jetzt in der Gewalt der ukrainischen Räte. In den meisten Teilen der Ukraine würde die Macht des Sowjets, und der Einfluß der Räteregierung sehr groß sein.

Im Tage der Berichte darüber und Fortsetzung sei auf direktem Wege mit Rußland gemacht worden, daß der Räteregierung zurückgegeben sei. Welche Stellung die Räte der Räteregierung gegenüber haben und welchen Einfluß sie auf die Delegation des Herrn Fedorowitsch ausüben werde, sei noch nicht bekannt, doch geht aus dem Vorgesagten jedenfalls hervor, daß ein mit der Delegation des Räteregierungsgeschäftes geschlossener Bruch unter den gegenwärtigen Verhältnissen keinesfalls bereits als Tatsache mit der ukrainischen Republik anzunehmen ist.

In einer Note im Hauptamt des Reichstags habe Staatssekretär v. Kühnemann es so dargestellt, als ob die russische Delegation die ukrainische so lange anerkannt habe, wie sie habe anerkennen können, die letztere würde die Rolle einer Regierung spielen; jetzt aber, aus der russischen Delegation ihren Gehör eingezogen habe, wenn auch die Räte der Räteregierung. Dies ist eine zu weitgehende Darstellung des Vorganges. Eben in der ersten Sitzung, in der die Frage der ukrainischen Delegation erörtert wurde, habe er erklärt, daß der Rat der Räte der Räteregierung der Ukraine nicht im Verden begriffen sei. Jetzt, in der Fortsetzung der ukrainischen Delegation der Räte der Arbeiter, Soldaten- und Bauernsoldaten, hat er auch die ukrainischen Räte vertreten, und es einmütig beschlossen, die Delegation für die russische Republik zu erklären, welche die Räte der Räteregierung von der ukrainischen Volksrepublik in die russische Delegation durch den Vorsitzenden, die in der russischen Republik herrschen. Wenn die Delegation des Herrn Fedorowitsch, wie sie der ein Rat der

Räteregierung habe, so erhebe keine Delegation keinen Einspruch gegen deren fernere Teilnahme an den Friedensverhandlungen. Jedenfalls aber könnten nur solche mit der Ukraine getroffenen Abmachungen anerkannt werden, die durch die Regierung der föderativen Republik Rußland ihre formelle Bestätigung fänden.

## Aus der Verschlechterungs-Kommission.

Zu Beginn der Dienstagssitzung legte die Mehrheit der Verschlechterungskommission eine Probe von ihrer Ueberempfindlichkeit ab. Einer nach dem andern von den Rechten und den Nationalliberalen erwarteten sich über einen Artikel des „Berl. Tagebl.“, der sich in scharfen Worten gegen die Art ergeht, wie die Kommission die Beratung der Wahlrechtsvorlage in die Länge zieht. Die Vertreter der Sozialdemokratie und des Fortschritts stellten sich jedoch auf den Boden dieses Artikels, sie konnten es aber nicht verhindern, daß die Mehrheit ihn auf das schärfste beurteilte. In der Sache selbst wird dadurch freilich nichts geändert, der Vorwurf, daß die Erledigung der Wahlrechtsvorlage absichtlich verzögert ist, bleibt nach wie vor bestehen.

Die Verhandlungen selbst, die sich zunächst wieder um die Vertretung der Selbstverwaltung und der Landwirtschaft drehten, nahmen einen schließlichen Verlauf. Nach stundenlangem Hin- und Hergerede und nach Erörterung der zahllosen Anträge sah man ein, daß es unmöglich sei, im Rahmen der Kommission eine vereinbarte Fassung zu finden. Man beschloß deshalb, auch den § 4 und die dazu vorliegenden Anträge einer Unterkommission zu überweisen.

Ähnlich wird es dem § 5 ergehen, dessen Beratung sodann begann und zu dem noch mehr Anträge vorliegen als zu dem vorhergehenden Paragraphen. § 5 zählt diejenigen Gruppen auf, die auf 12 Jahre auf Grund von Präsentationen in das Herrenhaus berufen werden sollen. Unter diesen Gruppen stehen bekanntlich die Arbeiter und eine Reihe anderer für unser Erwerbsleben wichtiger Berufsstände. Nach einem Antrag des Zentrums soll den Arbeitern eine Vertretung von 36 Mitgliedern eingeräumt werden. Erheblich hinter diesem Antrag bleibt ein konservativer Antrag zurück, der ganze sechs Arbeiter in das Herrenhaus berufen wissen will; aber auch dieses halbe Dutzend soll keinen Rechtsanspruch auf Berufung durch ihre Kollegen haben, sondern ihre Berufung soll dem König überlassen bleiben, die Arbeiter sollen also zu denjenigen Personen gehören, die durch des Königs Vertrauen im Herrenhaus sitzen.

Weiter steht der Zentrumsantrag 24 Vertreter der Beamten im Staats- und Gemeindedienst sowie der freien Berufe vor. Der konservative Antrag bleibt auch hier wieder hinter dem Zentrumsantrag zurück, indem er sich mit sechs Privatangehörigen begnügt, die gleichfalls durch königliches Vertrauen berufen werden sollen.

Die Debatte drehte sich zunächst um die Vertretung der Stadt Berlin. Die Herrenhausvorlage sieht besondere Vertreter Berlins vor, die gemeinschaftlich von der Stadtverordneten-Versammlung und dem Magistrat präsentiert werden sollen. Dieses Recht Berlins bestritt das Zentrum zu streifen. Hierüber kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Fortschrittler und Sozialdemokraten stellten sich auf den Boden der Regierungsvorlage, die auch vom Vertreter des Ministeriums des Innern verteidigt wurde, während das Zentrum es so darstellte, als ob Berlin übermäßig im Herrenhaus vertreten sei und zum Beweis dafür ausführe, daß eine große Reihe von Organisationsmännern, denen ein Präsentationsrecht verliehen sei, schon sowieso in Berlin ihren Sitz hätten. Die Herren übersehen nur, daß es sich bei den Personen, die zurzeit in Berlin wohnen, nicht um Vertreter der Selbstverwaltung handelt, und gerade darauf kommt es doch an.

Eine Vertretung des Haus- und Grundbesitzes steht die Regierungsvorlage vor; die Konservativen beantragten 24 des Zentrums 24 Vertreter. Nachdem ein konservativer für den Hausbesitzerstand eingetreten war, traten ihm ein Sozialdemokrat und ein Volksparteiler mit der Begründung entgegen, daß der Hausbesitz nicht zu den Berufsständen zu rechnen sei, welcher Auffassung auch Minister Dr. Drechs beitrug.

Am Mittwoch wurde auf Antrag des Unterkomitees folgender § 1a eingefügt: Als Mitglied des Herrenhauses ist derjenige volljährige Agnat des Igl. Hauses, der der Krone am nächsten steht, nach erreichter Volljährigkeit zu berufen.

§ 2 wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Fortschrittler, Freikonserverativen, Sozialdemokraten und Polen von den Konservativen und dem Zentrum dahin beschlossen, daß lebenslangliche Herrenhausmitglieder, die vom König berufenen volljährigen Igl. und sämtlich holländischen Prinzen und die vom König berufenen Mitglieder der normalen reichsständischen Häuser sein sollen. Im § 3 wurde die Zahl der auf Präsentationen zu berufenden Lebenslanglichen von 60 auf 50 herabgesetzt, und zwar 18 (statt 24) Vertreter der Fürsten, Grafen und Herren, und 32 Vertreter der bisherigen erblichen Herrenhausmitglieder und derjenigen Geschlechter, die bisher das Präsentationsrecht hatten.

Über die Vertretung der Arbeiterchaft wurde auch am Mittwoch gesprochen, doch kam es noch nicht zu Beschüssen. Am Donnerstag gehen die Verhandlungen weiter.

**Das umgekehrte Verfahren.**

Bekanntlich bedroht das Gesetz bei Höchstpreisüber-  
schreitungen Käufer wie Verkäufer gleichermaßen mit  
Strafe. Praktisch gestaltet sich die Sache aber bisher mei-  
stens so, daß in den überwiegenden Fällen der Kleinhändler,  
der seine Ware möglicherweise schon zu Ueberpreisen vom  
landwirtschaftlichen Produzenten oder seinem Großliefe-  
ranten hatte erwerben müssen, in den Maschinen der Höchst-  
preisverordnungen hängenbleibt. Sedenfalls richtet sich  
die Empörung der Verbraucher immer gegen den Verkäufer  
oder Förderer der hohen Preise, abgesehen von den Fällen,  
in denen zahlungsfähige Käufer von vornherein schon un-  
verschämt hohe Preise bieten.

Staatssekretär v. Waldow hat nun plötzlich entdeckt,  
daß mit dieser Methode dem Wucher und dem Schleich-  
handel nicht beizukommen sei. Er wählt nunmehr das um-  
gekehrte Verfahren. Während bisher der Verkäufer als  
Uebelthäter galt, will er jetzt den Käufer zu Leibe, in  
diesem Falle den städtischen Behörden, die, um die Ernäh-  
rung der Bevölkerung sicherzustellen, infolge der verworren-  
ten Verhältnisse und der mangelhaften Erfassung der Er-  
zeugnisse gezwungen waren, höhere Preise an die Landwirt-  
schaft zu bezahlen. Von den Verkäufern, also in erster  
Linie den Landwirten, die zwar Lieferungsverträge in  
jeder gewünschten Auflage abschließen, aber nicht daran  
denken, sie auch zu erfüllen, ist sonderbarerweise plötzlich  
keine Rede mehr.

Vielleicht glaubt der Staatssekretär daran, daß die  
Landwirte, wie sie ja immer behaupten, unschuldig am  
Schleichhandel seien, und daß sie als Verfälschte gewissen-  
maßen nur unter dem Druck einer Art Erpressung handeln,  
wenn sie Vieh, Getreide oder andre Dinge, nach denen das  
Stadtvolk lüftern ist, nur notgedrungen den Weg des  
Schleichhandels gehen lassen, und sich dafür zu allem  
Schmerz auch noch Wucherpreise aufhängen lassen müssen.

Dem Staatssekretär scheint der Hohn, der in seinem  
Verfahren liegt, gar nicht zum Bewußtsein zu kommen und  
es liegt ihm auch anscheinend fern, einmal darüber nachzu-  
denken, welcher Unterschied in Wirklichkeit in dem Ver-  
hältnis des Preisfordernden zum Preisbieter besteht und  
es scheint für ihn ferner die Notwendigkeit gar nicht zu  
existieren, festzustellen, wem denn eigentlich die Wucher-  
preise zugeflossen sind, ob bloß den Schleichhändlern oder  
nicht etwa doch in dem weitestgehenden Maße den Produ-  
zenten direkt. Jetzt steht jedenfalls, daß beide aus der  
Not der städtischen Bevölkerung Kapital  
geschlagen haben.

Das umgekehrte Verfahren des Herrn v. Waldow, jetzt  
den Käufer für die Fehler des Systems büßen zu lassen, ist  
ein falsches Verfahren und erweckt stark den Eindruck, daß  
die Hauptnutznießer der bestehenden Notlage geschont und  
die Fehlerquellen der herrschenden himmelschreienden Zu-  
stände vor dem Urteil der Öffentlichkeit verschüttet werden  
sollen. Das alte Uebel der Vorkriegszeit, immer nur den  
Wirkungen zu Leibe zu gehen, die eigentliche Ursache aber

bestehen zu lassen, erlebt hier eine höchst unerfreuliche Neu-  
auflage, die niemals die aufrechten Ungleichheiten in  
dem ganzen Versorgungssystem auszugleichen imstande sein  
wird. Deshalb muß immer wieder die Forderung erhoben  
werden: Rückwärtslose Erfassung der Vor-  
räte!

**Eine neue Kartoffelprämie.**

In diesem Jahre erstrebt man einen möglichst großen Umfang  
des Anbaues von Kartoffeln. Um das zu erreichen, wird geplant, für  
jeden Morgen mehr als bisher mit Kartoffeln bestellten Acker dem  
Landwirt eine Prämie zu gewähren. So willt den Agrariern  
eine neue Liebesgabe. Statt Einführung des Produktions-  
zwangs: Ausdehnung des Prämien systems auf Kosten  
der Verbraucher, die natürlich auch die neue Prämie bezahlen müssen.

Der sachmännische Mitarbeiter eines Berliner Blattes meint zu  
diesem Plan unter andern: Da Weizen und Roggen bereits aus-  
geät sind, kann sich eine künstlich herbeigeführte, überaus starke Ver-  
mehrung des Kartoffelbaues leicht in einer entsprechenden Vermin-  
derung der Hafer- und Gerstenernte rächen, und das  
wäre das Schlimmste, was uns zur Erhaltung unserer Vespantiere be-  
ginnen könnte. Wahr ist ja, daß quantitativ ganz andre Erträge an  
Kartoffeln auf dem Hektar gewonnen werden können wie an Getreide,  
da aber, wie das doch leider nicht selten ist, die Kartoffelernte vielleicht  
nicht den Hoffnungen entspricht und gleichzeitig die Ausfaat des  
Sommergetreides zugunsten der Kartoffelkultur gewaltig vermindert  
wird, so ist das doch ein Risiko, das einzugehen man sich überlegen  
sollte, zumal schon der selbstmäßige, gewaltig ausgedehnte Gemüse- und  
Mübenanbau wie die Desfruchtzeugung allermeist auf Kosten der Ge-  
treideerzeugung erfolgt sind.

**Notizen.**

**Zum Luftangriff auf London.** Vom 29. Ja-  
nuar wird aus London offiziell gemeldet: Bei dem Luft-  
angriff von gestern nacht sind insgesamt 14 Männer, 33  
Frauen und Kinder getötet, 93 Männer, 76 Frauen und  
Kinder verwundet worden, mit Ausnahme von einem Toten  
und 7 Verwundeten alle aus London.

**Wird Calais englisch?** Unter dieser Ueberschrift verbreitet  
die „Kölnische Zeitung“ ein aus Standinavien stammendes Telegramm,  
wonach die früher schon aufgestellte Behauptung, daß Frankreich einen  
Vertrag mit England auf Pachtung von Calais für neunund-  
neunzig Jahre abgeschlossen habe, jetzt definitiv bestätigt werde.

Ein Finanzbeitrag beim Reichsschatzamt. Beim Reichsschatz-  
amt soll, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, ein  
Finanzbeitrag gebildet werden. Als Mitglieder sind angegebene  
Persönlichkeiten aus den Kreisen der Landwirtschaft, des Han-  
dels, der Industrie, des Handwerks, der Arbeiterschaft,  
der Finanz und der Wissenschaft in Aussicht genommen. Der  
Finanzbeitrag ist als ein Sachverständigenkollegium gedacht, das  
der Reichsfinanzverwaltung die Ausföchten und Auffassungen,  
Kenntnisse und Erfahrung, wie sie im Volks- und Wirtschafts-  
leben vorhanden sind, dauernd zur Verfügung zu stellen und da-

durch ihrer amtlichen Tätigkeit eine wertvolle Unterstützung zu  
gewähren hätte. Es ist beabsichtigt, ihn demnächst in Wirksamkeit  
treten zu lassen.

Die Londoner Rationierung. Die neue Verordnung des  
englischen Lebensmittelkontrollors führt nicht nur für Gast-  
häuser, Restaurants und Klubs zwei fleischlose Tage wöchentlich  
ein, sondern verbietet auch den Fleischverbrauch zwischen 5 und  
10 1/2 Uhr früh in solchen Lokalen. Die Verabreichung der Milch  
wird nur für Kinder unter 10 Jahren erlaubt. Gäste müssen  
ihren Zucker selbst mitbringen. Nur die Brotration wird von  
224 auf 266 Gramm erhöht, die übrigen Rationen werden ein-  
geschränkt. Auch das Fett wurde jetzt rationiert.

**Paris bombardiert.**

W. L. B. Großes Hauptquartier, den 31. Ja-  
nuar 1918. (Amtlich.)

**Westlicher Kriegsschauplatz.**

Die Gefechtsintensität blieb auf Artillerie- und Minen-  
werferkämpfe an verschiedenen Stellen der Front beschränkt.

Am Weihnachtsabend und im Laufe des Januar haben  
Flieger unserer Segner trotz unserer Warnung wieder offene  
deutsche Städte weit außerhalb des Operationsgebietes  
angegriffen.

Dank unserer Abwehrmaßnahmen traten nennenswerte  
Verluste und Schäden nicht ein.

Zur Strafe wurde die Stadt Paris im ersten  
plumwähigen Luftangriff in der Nacht vom 30. zum  
31. Januar mit 14 000 Kilogramm Bomben belegt.

**Italienische Front.**

Südwestlich von Asiago scheiterte ein italienischer An-  
griff im Feuer.

Zwischen Asiago und der Brenta blieb die Artillerie-  
intensität reger.

Die Zahl der von den Österreichisch-ungarischen  
Truppen in den letzten Kämpfen gemachten Gefangenen  
hat sich auf 15 Offiziere und 660 Mann erhöht.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister  
Ludendorff.

**Depeſchen.**

**Beschlagnahme von Fabriken.**

W. L. B. Petersburg, 29. Januar. (Petersburger  
Telegraphen-Agentur.) Der Rat der Volksbeauftragten hat ver-  
fügt, daß die metallurgische Fabrik von Sestroretsk und die  
Zingergfabrik von Leninsk mit allem Zubehör zugunsten des  
Staates beschlagnahmt werden, da die Verwaltungen der geuan-  
ten Fabriken sich der Kontrolle der Arbeiter widersetzt haben und  
die Arbeit einzustellen beabsichtigten. Die Newitsk-Fabrik wird  
Eigentum der russischen Republik und dem Handels- und In-  
dustrie-Kommissariat übergeben. Das technische Personal soll im  
Orte bleiben. Fälle von Arbeitsverweigerung und Sabotage  
kommen vor die revolutionären Gerichtshöfe.

**Bekanntmachung.**

Auf Grund unserer Verordnung vom 28. Januar über den  
Verkehr mit Süßholz in Briefchen (für Haushaltungen) wird fol-  
gendes angeordnet:

1. In der Zeit vom 4. bis 28. Februar kann auf je 2 Marken  
Nr. 17 der Materialwaarenkarte für Januar/Februar 1 Briefchen  
Süßholz entnommen werden. Einzelne Personen sowie über-  
schießende Personen der Haushaltungen mit ungerader Personen-  
zahl erhalten gegen Abgabe einer Marke 17 einen Zwischenschein.  
Die Zwischenscheine sind vor der Abgabe an die Haushaltungen  
mit dem Namen (Firma) der Verkaufsstelle zu versehen. Ueber  
die Gültigkeit der Zwischenscheine ergeht noch besondere Bekannt-  
machung.

2. Bei der Entnahme ist Ausweis der Lebensmittelver-  
sorgung vorzulegen, die Haushaltung seitens des Geschäftsinhabers  
in die amtliche Kundenliste einzutragen und zugleich die Rückseite  
des Stammes der Materialwaarenkarte mit dem Namen (Firma)  
der Verkaufsstelle und der Kundennummer als Ausweis für  
spätere Entnahmen zu versehen.  
Magdeburg, den 31. Januar 1918.

Der Magistrat.

**Bekanntmachung.**

1. Die Gültigkeit der Marke 14 der grünen und der hell-  
roten Petroleumkarte wird bis zum 15. Februar verlängert.  
2. Auf die Marke 15 der grünen Petroleumkarte darf vom  
1. bis 15. Februar 1918 1 Liter Petroleum,  
auf die Marke 15 der hellroten Petroleumkarte darf vom  
1. bis 15. Februar 1/4 Liter Petroleum  
abgegeben werden. Das bisherige Petroleum-Kundensystem wird  
für obige Marken außer Kraft gesetzt.  
Magdeburg, den 31. Januar 1918.

Der Magistrat.

**Bekanntmachung.**

Auch Anstandslos unterliegt dem Höchstpreise und dem  
Markenpflicht. Der Höchstpreis für beste Feinsorte beträgt 6 Mark  
je Pfund. Höchstpreisübersteigerung sowie die markenfreie Abgabe  
wird unannehmlich verfolgt.  
Magdeburg, den 31. Januar 1918.

Die Preisprüfungsstelle.

**Arbeiter-Bildungsausschuß**  
zu Schönebeck und Umgegend.  
Am Sonntag den 3. Februar  
im „Stadtpark“ zu Schönebeck  
**Theater-Abend**  
unter Mitwirkung der Freien Volksschule Magdeburg.  
Zur Aufführung gelangt  
♦ ♦ ♦ **Johannisfeuer** ♦ ♦ ♦  
Schauspiel in 4 Aufzügen von Sudermann.  
Einspielung 5 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr.  
Reservieren von Plätzen und Stühlen ist nicht gestattet.  
Es werden nur so viele Karten ausgegeben, als Sitzplätze vor-  
handen sind. Kinder unter 10 Jahren haben freien Zutritt.  
Eintrittspreis im Vorverkauf 65, an der Kasse 75 Pf.  
Karten im Vorverkauf sind zu haben in den Kaufman-  
nenslagern und in dem Gewerkschaftsbureau. In dem  
Gewerkschaftsbureau auch am Sonntag bis 1 Uhr mittags.  
Der Bildungsausschuß.

**Alkoholfreier Punsch à Liter 2.25**  
gläsern mitbringen.  
Schillers Weinhandlung, Gr. Münzstr. 11.

**Elektrische Lampen** äußerst preiswert in hundert versch.  
**Gas-Hängelichtlampen** Ausführungen von 2.50 Mark an  
ständig vorhanden. 159  
im Preise von 13.00 Mark an.  
**Perlfransen** herrliche Muster,  
auch meterweise.  
**Otto Schultze** Johannisth. strasse 12  
Rähe des Wilhelm-Theaters.

**Gemeinsame Ortsrententasse für Hand-  
wert u. Gewerbe, Magdeburg-Neustadt.**  
Laut Beschluß der außerordentlichen Ausschusssitzung vom  
18. Januar 1918 und Genehmigung des Kgl. Oberverwaltungs-  
amts treten am 28. Januar 1918 folgende Satzungsänder-  
ungen in Kraft:

Die Kassemitglieder sind in 10 Stufen eingeteilt.

1. Stufe bis 1 Mark einschl. der Lehrlinge ohne Entgelt	6. Stufe bis 6 Mark
2. " " 2 " "	7. " " 7 " "
3. " " 3 " "	8. " " 8 " "
4. " " 4 " "	9. " " 9 " "
5. " " 5 " "	10. " " 10 " "

Hiernach wird der Grundlohn festgesetzt:  
für die 1. Stufe auf 1 Mark für die 6. Stufe auf 6 Mark  
" 2. " 2 " " 7. " 7 " "  
" 3. " 3 " " 8. " 8 " "  
" 4. " 4 " " 9. " 9 " "  
" 5. " 5 " " 10. " 10 " "

Die Kasseneinträge betragen hiernach

für 1. Stufe 0.27 Mark für 6. Stufe 1.62 Mark	
" 2. " 0.54 " " 7. " 1.89 "	
" 3. " 0.81 " " 8. " 2.16 "	
" 4. " 1.08 " " 9. " 2.43 "	
" 5. " 1.35 " " 10. " 2.70 "	

Die Krankengelder  
für 1. Stufe 0.80 Mark für 6. Stufe 3.60 Mark  
" 2. " 1.20 " " 7. " 4.20 "  
" 3. " 1.60 " " 8. " 4.80 "  
" 4. " 2.40 " " 9. " 5.40 "  
" 5. " 3. " " 10. " 6. " "

Die Sterbegelder werden im Höchstmaß Beiträge des Grund-  
lohes gemindert, aber mindestens 50 Mark.  
Magdeburg-N., den 30. Januar 1918. Der Vorstand.

**Werderschlößchen**  
Jah.: Richard Schröder. 1739  
Mittelstraße 9b 9b Mittelstraße 9b  
Empfehle meinen Saal, 500 Personen fassend.  
Der Zeit entsprechende Veranstaltungen.

**Prima Würstchen**  
und Würstl z. Kaninchen- u. Roß-  
fleisch liegt frisch 3.50 M.  
Nachh. Eilp.-Vers. Versand von  
5 Pfund ab. Roßfleischerei und  
Wurstfabrik Arthur Schindler  
Ler., Zwickau 1. S. 2.

**Kleine Möbelfahren**  
Hauptstr. 111  
Herrn für Ein- und Zwei-  
stübige übernehmbar sofort 350  
Blasse Rastler, Schönebeck 8.  
Telefon 6350 und 2476.

**Kopf-  
Wäsche**  
Moderne 4104  
**Frisuren**  
Einzelkabinett  
**Zöpfe**  
billigst bei  
**Oehlstötter**  
Breitweg 110, Eing. Krökentor

**Ansichtspostkarten**  
emv. Buchhdlg. Volkstimme.  
**IL Sterbekassen-Gesellschaft**  
zu Burg.  
Sonntag den 3. Februar,  
nachmittags 3 Uhr  
**Generalversammlung**  
im oberen Saal des Konzerthaus.  
Tagesordnung: 1. Geschäfts-  
bericht für das Jahr 1917. 2. Ber-  
richt der Revisoren und Entlastung  
des Vorstandes. 3. Wahl der aus-  
scheidenden Vorstandmitglieder  
und der Revisoren. 4. Sonstige  
Rassenangelegenheiten.  
Der Vorstand.  
J. A. Otto Reiter.

**Arbeitsmarkt**  
Für meinen Fanzpflanzbetrieb  
in der Nähe Magdeburgs suche  
**einen Bänemann**  
und **Maschinisten.**  
Heinrich Richter, Wernigerode.  
Abholung Sonntag bei Karl  
Lücke, Magdeburg, Große  
Dresdener Straße 212/13.  
**Rollkutschler,**  
guter Biederdeyer, gesucht.  
Agnesstraße 24,  
Rudolf Haß.

**Lüchtige**  
**Schuhmacher**  
werden noch eingestellt. 1724  
**Albert Freye,**  
Magdeburg, Kaiserstr. 101.  
**Jüngerer**  
**Hausdiener**  
sogleich gesucht. 1728  
**Hotel Weißer Bär.**  
**Friseurlehrling** sucht Fr. Bahn,  
Bismarckstr. 13.  
**Maler-Lehrling**  
geg. wöchentl. Vergütung gesucht.  
Dittmann, Franksberg 41.  
Fernsprecher 2370. 1736

**Schmiedelehrling**  
geh. Th. Telenga, Bernburger Str. 10  
Eine Kollerin od. Zigarren-  
macher, eine Widelmacherin  
gesucht Weinberg 45. 1712  
**Gaubere Aufwartung**  
per sofort gesucht. Lange,  
Gr. Dresdener Str. 220, L.  
Gaubere Aufwartung  
sogl. vorm. od. an einig. d. Woche.  
Nied. n. 10 U. Sandtorstr. 7, III r.  
**Aufwartung**  
für Haus- und Kontorrei-  
nung für sofort gesucht 2342  
Wilhelm-Raabe-Str. 8, II.  
Widelmacherin sof. gesucht  
Zeitungsbaue 4. v. III. Oppermann.

**Geübte Sadstöpferinnen**  
stellt ein 138  
**Paul Siebert, Alles Fischersr 32/35.**

**Konsumverein für Hötensleben und Umgegend**  
Eingetrag. Genossenschaft mit beschränkter Haftung  
Wir suchen per 1. April d. J. für unser Lager Hötensleben  
eine umsichtige, tüchtige  
**Lagerhalterin.**  
Umsatz 60 000 Mark. Kaution 500 Mark. Genossenschaftlich ge-  
schulte bevorzugt. Bewerbungen sind bis zum 6. Februar schriftlich  
an den Vorstand zu richten.

**Farbenreißmeister**  
fürm im Krühen der Fäden und Abtönen der Farben, sonst  
nur zur selbständigen Beaufsichtigung der Farbereiberei,  
bei betriebsüblichen Leistungen Lebensstellung, sofort gesucht.  
**Schmidt & Hingen, Sadfabrik, Coswig 1. 6a.**

**Lüchtige Akkordarbeiter**  
stellt ein 391  
**Paul Siebert, Magdeburg.**

**Schlosser und Dreher**  
Maschinenarbeiter 371  
finden dauernde Beschäftigung. Kriegsbeschädigte bevorzugt  
**Haucke & Co., G. m. b. H., Magdeburg.**



## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 31. Januar 1918.

### Nationalliberale Kundgebung.

Für das gleiche Wahlrecht in Preußen beröffentlicht eine Anzahl Politiker aus der nationalliberalen Partei diese Kundgebung:

Den Erwägungen, ob im Krieg eine Aufzählung der preussischen Wahlrechtsfrage angezeigt sei, hat die Einbringung der Wahlrechtsvorlage den Boden entzogen. Jetzt handelt es sich nur noch darum, ob in absehbarer Zeit das Wahlrecht in Preußen überhaupt verändert werden soll oder nicht. Unausgesprochen, zuletzt noch auf dem Magdeburger Parteitag, hat die nationalliberale Partei die Notwendigkeit einer durchgreifenden Verbesserung des preussischen Wahlrechts anerkannt. Ueber die Art und Weise und das Maß haben in der Partei die Meinungen gewechselt. Während die Gründer der nationalliberalen Partei für das gleiche Stimmrecht eintreten, vereinigten sich auf dem Magdeburger Parteitag die verschiedensten Richtungen auf der Forderung des unmittelfachen und geheimen Wahlrechts unter derzeitiger Ablehnung der vollkommenen Gleichheit. Die Erfahrungen der Kriegszeit haben auch hier in manchen Kreisen der Partei einen Wandel herbeigeführt, insbesondere einer Abstufung des Stimmrechts nach Besitz immer mehr Gegner zugeführt. Unbeschadet aber der grundsätzlichen Stellung über die Vorzüge der Gleichheit oder Abstufung, halten wir es für eine geschichtliche Notwendigkeit, die von unserm König zugesagte und vorgeschlagene Gleichheit des Wahlrechts anzunehmen und dadurch die unter dem Kriege schwer leidende Gesamtheit unsers Volkes mit dem Bewußtsein der Gleichberechtigung in unserm staatlichen Leben zu erfüllen. Wir erwarten von diesem Schritte, der für manche ein Opfer bedeutet, daß er in den Kreisen, denen die Verweigerung der politischen Rechte zugute kommt, die vaterländische Opferwilligkeit stärkt, ohne die wir den von unsrer Partei gewollten siegreichen Frieden nicht erreichen können.

Wir bitten daher unsere Abgeordneten im Preussischen Landtag, jeder Verschleppung der Wahlreform entgegenzutreten und unter patriotischem Verzicht auf begriffliche Bedenken sich auf den Boden des von der Regierung vorgeschlagenen Grundgesetzes der Gleichheit zu stellen.

Aus dem Regierungsbezirk Magdeburg haben den Aufruf folgende Personen unterschrieben: Postsekretär Albrecht, Kolbe a. d. Milde, Dr. Böhm, M. d. R., Berlin, Mag. Brüning, Kaufmann, Gardelegen, Landgerichtsdirektor Geh. Justizrat Goldschmidt, Magdeburg, Landwirt Wilhelm Grothe, Mieste, Chefredakteur A. Kirchner, Mitglied des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei, Magdeburg, Stadtrat Emil Krüger, Stendal, G. Reichardt, Stadtkämmerer, Mitglied des Zentralvorstandes, Magdeburg, Justizrat Schubert, Stendal, Wilhelm Schulz, Lehrer a. D., Gardelegen, Bürgermeister Schürke, Kolbe a. d. Milde, E. Soldmar Bartels, Mitglied des Zentralvorstandes der nationalliberalen Vereine, Magdeburg, Landwirt Ch. Berlin, Adendorf, Justizrat Staude, Vorsitzender des Nationalliberalen Vereins, Stendal.

Der Nebel will nicht weichen. Die Umwelt ist noch immer ein weißgraues Wogen. Menschen, Tiere und Wagen ziehen durch den Nebel wie dunkle Scherben. Einen Ausblick gibt es noch nicht. Solch dichten und dauerhaften Nebel dürften die „Ältesten Leute“ wirklich noch nicht erlebt haben. Ueber die Ursache des Nebels wird der „Magdeburgischen Zeitung“ geschrieben: Sie liegt vor allem darin, daß sich in der Luft ein für diese Jahreszeit außerordentlich hoher Prozentsatz von Wasserdampf gebildet hat. Während der Himmel in der oberen Schicht wolkenlos und ganz heiter ist, hat sich die untere Wolkenschicht hart abgekühlt. Der größere Teil

des Wasserdampfes mußte sich in flüchtigeren Formen auflösen und bildet den Nebel. Eine merkwürdige Erscheinung des Nebels ist auch die verschiedenartige Lufttemperatur. Während 2 Meter über dem Boden zeitweilig 2 Grad Kälte gemessen wurde, konnte in Dachhöhe eine Temperatur von +1 Grad festgestellt werden.

**Unterschreiben Sie nicht den neuen Mietvertrag der Hausbesitzer, er macht Sie rechtlos!**

Betriebsstörung bei der Straßenbahn. In der Ecke Breiter Weg-Alter Markt sprang heute vormittag die Rolle einer Kontaktschlange von der Leitung ab, zum Unglück riß auch noch die Zugleine. Es dauerte eine geraume Zeit, bevor der Schaden wieder beseitigt war. Während der Arbeit eines jungen Burschen auf dem Dach des Wagens war auf dem gesperrten Gleise ein Wagenzug aufgeföhren, der vom Alten Markt bis zur Schönebeckstraße reichte. Auch die Wagen, die durch die Alte Ulrichstraße in der Richtung Breiter Weg zu fahren hatten, mußten stehenbleiben. Eine große Menschenmenge hatte sich angesammelt, die das lange vergebliche Bemühen des jungen Burschen auf dem Wagendach mit allerlei Zurufen begleitete. Der Jüngling war körperlich seiner Aufgabe nicht gewachsen, einen erwachsenen Mann mit der Arbeit zu beauftragen, lag gewiß weit außerhalb des Machtbereichs der Straßenbahn. So mußten die Wagen stehenbleiben, die Fahrgäste veräuerten ihre Zeit und ein Verkehrs-mittel war wieder einmal ein Verkehrshindernis.

Die Demonstrationen vor dem Pfleger-Ausschuß finden auch am kommenden Sonntag um 11 Uhr vormittags, 3, 5 und 7 Uhr nachmittags statt.

Kriegs-Kinderglück. Der Fritz ist von einer freundlichen Tante zu einem Geburtstagsessen eingeladen worden und wird nachher von seiner Mutter abgeholt. Auf dem Heimweg kann er nicht genug von den Herrlichkeiten erzählen. Besonders der „Apfelschnee“ mit Marmelade hat es ihm angetan. Er schildert ihn mit aller Begeisterung des Sechsjährigen, der sich an die Friedensnäherie nicht mehr erinnert. Plötzlich bleibt er stehen, ein Leuchten seliger Erinnerung überfließt sein Gesicht. „Und weißt du, Mutter“, flüstert er geheimnisvoll-glücklich, „ich bin so froh: der Apfelschnee köstet mir immer noch auf.“ Die Mutter hat schon das verweissende: „Das darf man nicht sagen!“ auf der Zunge, aber sie überlegt sich's. Schließlich — viel Gutes bekommt der Junge jetzt nicht zu essen. So soll er sein „Glück“ wenigstens ungeführt genießen!

Gehtohlen wurden am 27. Januar vormittags vom Hofe des Grundstücks Spiegelstraße Nr. 1/2 eine Öllampe aus Messing; nachmittags in der Heinrichstraße ein hellblau gestrichener Handkofferwagen; abends vor dem Hauptbahnhof ein ungestrichener Handkofferwagen; in der Nacht zum 30. aus einer Wanne in der Hallischen Straße Wehl, Grieß, Mandeln, Gläser mit Gänsebraten, mehrere Teller und Gläser; aus Fabrikräumen in der Vogler-Strasse drei Treibriemen, je etwa 13 Meter lang und 7 Zentimeter breit; aus Ställen an der Obenrieder Chaussee und im Kaiser-Otto-Ring, sowie einer Gartenparzelle an der Hansdorfer Straße zusammen 47 Hühner, sieben Hähne und 13 Kaninchen; aus einem Keller in der Hardenbergstraße ein etwa 8 Meter langer Kotosläufer, 13 Büchsen Gemüsekonserven und fünf Flaschen Wein.

Verhaftet wurde der Arbeiter Anton Michalewski, der von der Staatsanwaltschaft in Stade wegen Diebstahls im wiederholten Rückfall steckbrieflich verfolgt wird.

**Arbeiter, Beamte und Angestellte!**  
Fordert euch bei euren Fabriken und Behörden  
**billige Vorzugskarten**  
für die Kriegs-Luffahrt-Ausstellung.

Das aufregende Stück. Eine junge Frau berichtet über einen Theaterbesuch. „Sehr schön war es, ungemein interessant. Und wenn du gesehen hättest, wie sie im ersten Akte, gegeben haben. . .“ — „Wer Elfe,“ sagt die Freundin vorwurfsvoll, „du hättest nicht bleiben dürfen. Du weißt doch, daß du dich nicht aufregen sollst.“

Eisenbahndiebstahl. Die Rangierer Wilhelm Brauns zu Nothenpe und Erich Lange zu Barleben stahlen im August 1917 aus einem Eisenbahnwagen Kassa. Brauns stahl ferner allein Gold und Bretter, zwei Wasserkrannen und Baden, wovon er dem Lange etwas abgab. Die übrigen Sachen trug er nach Hause und übergab dem Jüder angeblich seiner Mutter, der berechneten Luise Brauns, die ihn in der Wirtschaft verbrauchte. Die Strafkammer des Landgerichts verurteilte Brauns wegen einfachen Diebstahls in drei Fällen und schweren Diebstahls in einem Falle zu 3 Monaten, Lange wegen schweren Diebstahls und Geheuer zu 1 Monat Gefängnis. Frau Brauns wurde freigesprochen.

## Theater, Konzerte zc.

Beziehungen.

Stadttheater. Festings „Minnabon Barnhelm“ gelangte am Mittwoch zur Aufführung. Das Lustspiel, dessen literarische Qualitäten unbestritten bleiben, wirkt auch heute noch auf den Unbefangenen wie eine Neuheit. Die Theaterleitung tut daher recht, wenn sie das Werk wenigstens einmal in der Saison in den Spielplan aufnimmt, zumal wenn die Besetzung die Pflicht der Aufführung leicht macht. Ein solches war auch im Stadttheater der Fall. Albert Gros führte die Regie. Die Spielgewandtheit und exprobrte Routine der ersten Spieler in diesem Stück erleichterte ihm seine Aufgabe. Als Zellheim erreichte Paul Kuboff Schulze einen sehr günstigen Erfolg. Der „Geld“ tritt ja eigentlich in dieser Rolle mehr zurück und muß der Initiative Minnas weichen. Elfe Sanders in der Titelrolle erstreute wieder durch ein überlegenes, desgleichen Charlotte Berger durch sprudelnde Lebhaftigkeit, Wärme und Schmelze. Dem herben Jult gab Fritz Schmidt kräftige Konturen, dem wackeren Werner Albert Friedrich ein sympathisches Wesen. Der schürftige Wirt Theo Leonhardt war ein gutes Pendant zu dem geschmeidigen Glucksritter Albert Gros. So waren die Leistungen im ganzen sehr viel höher als der Durchschnitt sie uns anders zur Gewohnheit machte. Das Publikum zeigte sich auch sehr interessiert und zeichnete die Darsteller an den Altchulien lebhaft aus.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Aenderung im Karten-Vorverkauf. Um den enormen Andrang an der Kasse des Stadttheaters am Sonntag vormittag zu verhindern, wird von jetzt an bereits vom Freitag der vorhergehenden Woche an der Vorverkauf für die Tage Montag bis einschl. Mittwoch erfolgen. Am Sonntag beginnt dann der Vorverkauf für die Tage Donnerstag bis Sonntag.

Stadttheater. Heute Freitag „Kristan und Holbe“, Sonnabend zum ersten Male „Meine Frau, die Hofkassapleierin“, Sonntag, neu einstudiert „Die verkaufte Braut“, Dienstag „Jugend“, hierauf „Sommer-nachtsputz“, Mittwoch „Meine Frau, die Hofkassapleierin“.

Das Tanagra-Theater ist und bleibt das Tagesgespräch. Ab Freitag neues Programm. 1729

## Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Reichstaxi für die Handschuhindustrie. Die Zentralinstanzen des Arbeiterverbandes und der entsprechenden Unternehmerverbände arbeiten seit längerer Zeit an der Schaffung eines Reichstaxi, der die Schmutzkonturierung im Gewerbe befestigen und die Arbeitsverhältnisse dauernd regeln soll. Der Abschluß des Vertrags steht unmittelbar bevor. Er zerfällt in drei Teile, von denen der erste die allgemeinen Tarifbestimmungen, der zweite den Lohnsatz und der dritte die Stücklöhne enthält. Ein paritätisches Tarifamt und Schiedsgericht sind vorgesehen. Die Arbeitszeit beträgt überall 55 Stunden. Ueberstunden sollen nur in dringenden Fällen gemacht werden und jedes Jahr kurze Ferien unter Bewahrung einer festgesetzten Entschädigung gegeben werden. Auf durchschnittlich acht Gehilfen soll ein Lehrling mit 3½-jähriger Lehrzeit kommen.

## Es fauft das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.  
Von Dorothy Richardson.

Eingig berechnigte Uebersetzung von Werner Peter Sarfen.  
(15. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Das von dem David Copperfield ist ja alles so, wie es in Wirklichkeit zugeht — zu was braucht man denn darüber überhaupt noch ein Buch zu schreiben? Ich bin überzeugt, daß der, der das geschrieben hat, die Menschen alle gekannt hat, denn es ist ganz so, als wenn sie wirklich leben würden. Ich setze sie direkt vor mir. Was sagst Du dazu, Mary?“

„Ja, ja,“ sagte Mary, „das stimmt.“

„Ich glaube,“ sagte Anna wieder, „daß solche Bücher für die Bauern und die sonstigen Leute auf dem Lande gut sein mögen, die nicht an bessere gewöhnt sind, wie wir Städter.“

Damit war das Gespräch über literarische Dinge für dieses Mal zu Ende.

Je mehr der Nachmittag fortschritt, um so lauter wurde es an den Arbeitstischen, denn alle suchten ihre Müdigkeit durch Schwätzen und Singen zu verschlucken. Die Kleberinnen veranstalteten ein regelrechtes Konzert, ohne jedoch eine Sekunde von der Arbeit aufzuheben. Angelina legte mit ihrer schönen klaren Stimme ein, und die andern folgten. Es waren oft sehr schöne Melodien, die sie sangen, nur schade, daß der Substanz stets so dürftig war, er war immer der gleiche; von Liebe und Mondschein oder von einem berühmten Mädchen, oder von ähnlichen rührseligen Dingen.

„Sie singen wirklich sehr schön,“ sagte ich voller Bewunderung. „Wo haben sie das nur gelernt?“

Sowohl Mistres Smith wie auch Anna fühlten sich sehr geschmeichelt, denn sie begriffen, daß ich das Gefagte aufrichtig gemeint hatte, und Anna antwortete:

„O, die Lieder haben wir aus den Singpielhallen und so . . . Da singen sie sie so schön, und denen hören

wir sie dann allmählich ab. Sie sollten nur einmal hören, wie sie dort Seemannslieder singen! Nicht, Mary?“

„Ja,“ sagte diese, „ich werde immer ganz sterbens-traurig, wenn Angelina und Selie das eine Lied singen . . . na, wie heißt es denn gleich . . .? Das, bei dem man immer weinen muß . . .?“

„Meinst Du die Seemannsbraut? Ja, die ist großartig! Aber dann gibt es noch ein Lied, das uns Theresje Nicora seinerzeit vorgelesen hat, Ase Maria heißt es und sie hat gesagt, das singen sie drüben in Europa, wo sie zu Hause war. Wenn man das hört, da überläuft es einen ganz heiß und kalt, und ich glaube, ich brauchte weder zu essen noch zu trinken, wenn mir jemand nur immer solche Lieder vorsingen wollte. . .“

Es war schon kurz vor sechs Uhr, als Angelina das Lied zu singen begann: Wo ist meine Mutter hin?

Es handelt von einem Kinde, das den Vater fragt, wo die Mutter ist, worauf der Vater ihm erklärt, daß sie fortgegangen sei in die düstere Stadt der Sorgen und der Tränen.

Da plötzlich machten die Maschinen einen Auf, die Räder schwingen langsam aus, die Treibriemen hingen schlaff herab, über die ganze Stadt hin hallte der Schlag der Turmuhren — ein langer Tag war vorüber. . .

In der eingetretenen Stille klangen die hellen Mädchenstimmen jeltfam traurig, während sie die letzten Worte sangen:

In der Stadt der Tränen ist sie, mein Kind,  
Und denkst im Traum wohl an dich . . .

7.

Als ich an diesem ersten Abend aus der Fabrik trat, besaß ich weder eine Wohnung noch Kleider. Ich ging langsam an dem abgebrannten Hause vorbei und dachte traurig daran, daß es mir völlig unmöglich sei, Mistres Pringle die letzte Ehre zu erweisen.

Ich suchte die nächste Polizeiwache auf und erzählte dort der Frau des diensttuenden Beamten, einer freundlichen Frau, was mir passiert sei, und wie es im Augenblick um

mich stehe. Ich sagte ihr auch, daß ich außerdem nach der Arbeit zu müde sei. Die wohlwollende Frau gab mir die Adresse eines Arbeiterinnenheims, fügte aber folgende hinzu, daß es weniger wohllich als billig sei. Sie schrieb die Adresse auf ein Stück Papier und sah mir nachdenklich nach, während ich zur Tür schritt. Als sie bemerkte, wie müde und abgehebt ich war, rief sie mich noch einmal zurück und sagte:

„Da fällt mir übrigens ein, Sie können ja ebenjogut hier bei mir über Nacht bleiben. Sie sparen auf diese Weise Ihr Geld und brauchen auch nicht erst noch ein ganzes Stück durch die Stadt zu laufen, wo Sie ohnehin so müde sind. Warten Sie, wir werden gleich zu Abend essen, und dann können Sie ins Bett kriechen. . . Sie sehen ja ganz elend aus, armes Kind. . .“

So schlief ich also diese Nacht auf der Polizeiwache, aber ich war sehr froh darüber, und die Frau bereitete mir mein Bett in ihrem eignen Schlafzimmer. Dennoch aber kam ich nicht viel zum Schlafen, denn die Sorgen ließen mich nicht zur Ruhe kommen, und überdies schmerzten mich die Beine von dem ungewohnten Stehen den ganzen Tag über.

Obwohl Anna sowohl wie ich den ganzen Tag fleißig gearbeitet hatten, hatte sie nur einen Dollar und fünf Cent verdient; das war also der Lohn für die Tagesarbeit zweier Menschen! Während ich darüber nachdachte, mußte ich mich unwillkürlich fragen: wirst du es wohl jemals zu einer solchen Geschicklichkeit bringen, daß du mit dieser Arbeit deinen Lebensunterhalt wirst verdienen können?

Da ich doch nicht schlafen konnte, stand ich früher als gewöhnlich auf, frühstückte zusammen mit meiner lebenswürdigen Wirtin und machte mich noch lange vor der Zeit auf den Weg zur Fabrik.

Ich hatte geglaubt, die erste zu sein, aber als ich eintrat, stand eine andre bereits über ihren Reimtopf gebückt, während die Nachtschwärmerinnen vom Mondlichter-Klub sich erst nach und nach einfanden.

(Fortsetzung folgt.)

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Oßchersleben-Halberstadt-Bernigerode.

Halberstadt, 31. Januar. (In der Aufklärungsber-

(Die entführte Tochter.) Die Entführung des Stührgen

(Grubefotia.) Koksabgabe erfolgt für die Koksarbeiten

Wahlkreis Serichow 1 und 2.

Surg, 31. Januar. (Die Veranstaltung) zur Gründung

(Ein ausgeklügeltes Schwein) und eine

(Ohne Bezugsschein.) Vom Schöffengericht werden

Wahlkreis Kalbe-Oßchersleben.

Oßchersleben, 31. Januar. (Meldung zur Land-

(Monarchie und Demokratie.) Ueber dieses Thema

schon früher in dem Reichstagsabgeordneten Wilhelm

system herbeizuführen, darf nach Ansicht der Redner

Barby, 31. Januar. (Verunglückt.) Beim Roden von

Kalbe, 31. Januar. (Arbeiterhäuser.) Zum Bau von

Quedlinburg, 31. Januar. (Geheimtötung.) Ein

Stendal, 31. Januar. (Kindstötung.) Wegen Ver-

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Gardelegen, 31. Januar. (Fleischverkauf) am 2. Februar

(Salzische.) Bei den Kaufleuten Braumann (Bahnhof-

(Gegen das Geiz.) Durch Urteil des Schöffengerichts

(Feuer.) Am Donnerstag brach Feuer aus in der Dampf-

Kleine Chronik.

Der bestohlene Reichstagsabgeordnete.

Dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wilhelm

Familie in einer Schule.

Dem Oberlehrer in der Schule in der Provinz

Stiefsohn.

Stiefsohn eines Mannes in der Provinz

Schon wieder soll der fähige Versuch gemacht werden,

abgelehnten Vorlage, und will diese Beschränkung durch ein

Gausbesitzer und Mieter, laßt auch nicht eine solche

Leistung und Gegenleistung kommen auch hier nicht

Bereins-Kalender.

Mittelaltersleben. Wahlverein. Am Sonntag den 2. Februar,

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Barby, Brandeis, Meinit), water level (+/-), and date.

Wettervorhersage.

Freitag, 1. Februar: Keine Witterungsänderung.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 30. Januar. Todesfälle: Karoline geb. Schöke,

Mit den Fingern wird man nach dem Kriege auf den weisen, der Goldschmuck trägt: „Seht, das ist auch so einer!“

Advertisement for H. Vaternacht, soap and cleaning products.

Large advertisement for Otto Braunsdorf, Wilhelmstadt, washing and cleaning products.

Advertisement for Fr. Pöllnitz, watchmaker and repairer.

Advertisement for Fr. Pöllnitz, watchmaker and repairer.

Advertisement for Verloben Bank, financial services.

Advertisement for Robert Mertins, watchmaker and repairer.

Advertisement for Robert Mertins, watchmaker and repairer.

Advertisement for Christian Fuhrmann, watchmaker and repairer.

Advertisement for Familie Fritz Plünnecke, family notice.

Advertisement for Konrad Otto, watchmaker and repairer.

Advertisement for Zentralverein deutsch. Böttcher, Magdeburg.